



Rathaus Umschau

Mittwoch, 27. September 2017

Ausgabe 184

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| Terminhinweise für Medien | 2 |
| Bürgerangelegenheiten | 3 |
| Meldungen | 4 |
| › Klimaneutralität 2050: Die Stadt setzt sich neue Klimaschutzziele | 4 |
| › Positive Tourismusbilanz im Juli 2017 | 4 |
| › „Jung sein in Bayern – Fit für Europa?“: Stadt beteiligt an EU-Projekt | 6 |
| › Infoabend im Bauzentrum: Schimmel vermeiden, beseitigen, sanieren | 7 |
| › Kinderprogramm zu „1200 Jahre Menzing“ in der Stadtbibliothek | 7 |
| Antworten auf Stadtratsanfragen | 9 |
| Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat | |



Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Donnerstag, 28. September, 11 Uhr,

Literaturhaus München, 3. Obergeschoss, Salvatorplatz 1

Pressekonferenz zur Programmvorstellung des 8. Literaturfests München mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Tanja Graf, Leiterin Literaturhaus München und Geschäftsführerin Literaturfest München, Professorin Doris Dörrie, Kuratorin „forum:autoren“, Dr. Thomas Kraft, Kurator Erwachsenenprogramm 58. Münchner Bücherschau, Edith Offermann, Kuratorin Kinder- und Jugendprogramm, sowie Michael Then, Vorsitzender Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern. Zum 8. Literaturfest München, das vom 15. November bis 3. Dezember stattfindet, werden rund 80 Autorinnen und Autoren erwartet. Doris Dörrie hat für das „forum:autoren“ das Programm „Alles Echt. Alles Fiktion“ entwickelt. Das Literaturhaus präsentiert den Markt der unabhängigen Verlage „Andere Bücher braucht das Land“. Die 58. Münchner Bücherschau lädt zur großen Ausstellung im Gasteig mit über 20.000 Neuerscheinungen sowie Veranstaltungen mit herausragenden Autorinnen und Autoren ein. Im Rahmen des Literaturfests wird der Geschwister-Scholl-Preis verliehen.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung wird gebeten per E-Mail an presse@litmuc.de.

Wiederholung

Donnerstag, 28. September, 11 Uhr,

Schützenhalle im Armbrustschützenzelt auf dem Oktoberfest

Sitzung der Oktoberfest-Wurstprüfungskommission unter Vorsitz von Andreas Mickisch, Stellvertreter des Kreisverwaltungsreferenten. Geprüft werden Schweinswürstl, die als Proben in Wurstbratereien und Festzelten entnommen wurden. Die Kommission setzt sich aus Vertretern von Verbraucherorganisationen, Fachorganisationen und Gutachtern zusammen. Bewertet wird die jeweilige Wurstsorte nach Geruch, Geschmack, Aussehen und Konsistenz.

Achtung Redaktionen: Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung

Donnerstag, 28. September, 15 Uhr, KITA Sandstraße 22

Das Netzwerk „Elysée-Kita 2020“ wird um drei Kitas erweitert. An dem Festakt in der neuen Einrichtung Sandstraße nehmen Vertreter des Bayerischen Sozialministeriums, der Regierung von Oberbayern, des Referats für Bildung und Sport sowie der französische Generalkonsul Pierre Lanapats



teil. Dr. Susanne Herrmann, Leiterin des Geschäftsbereichs KITA im Referat für Bildung und Sport, spricht ein Grußwort.

Montag, 2. Oktober, 10 Uhr, Stöberlstraße 75

Stadträtin Alexandra Gaßmann (CSU-Fraktion) gratuliert der Münchner Bürgerin Wilma Friesicke im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Montag, 2. Oktober, 13 Uhr, Prinzregententheater

Pressekonferenz zur Konferenz der Umweltminister mit Statements der Bayerischen Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, Ulrike Scharf, des Generaldirektors Umwelt der Europäischen Kommission, Daniel Calleja Crespo, sowie von Bürgermeister Josef Schmid, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft.

Die Konferenz mit dem Thema „Grüne Infrastruktur“ findet im Rahmen des Vorsitzes Bayerns für die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP EU Strategy for the Alpine Region) sowie in Zusammenarbeit mit dem EU-Projekt LOS_DAMA! statt.

Bürgermeister Josef Schmid hält zuvor bei der Konferenz eine Keynote zum Thema „Alpine Cities Network on Green Infrastructure“. Im Anschluss, gegen 12.45 Uhr, unterzeichnen Bürgermeister Schmid und politische Repräsentanten aus Städten und Stadtregionen des Alpenraums ein „Memorandum of Understanding and Cooperation“ für Grüne Infrastruktur in Stadtregionen.

Achtung Redaktionen: Nach der Pressekonferenz findet eine Exkursion zur naturnah gestalteten Isar statt, die als gelungenes Beispiel für Grüne Infrastruktur präsentiert wird. Zur Teilnahme an der Exkursion sind Medienvertreter eingeladen.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 4. Oktober, 17.30 bis 19 Uhr,

BA-Büro, Seidvilla, Nikolaiplatz 1 b (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Klimaneutralität 2050: Die Stadt setzt sich neue Klimaschutzziele

(27.9.2017) Mit dem Beschluss der heutigen Vollversammlung hat sich der Stadtrat neue, ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt: München soll bis 2050 klimaneutral sein. Vor dem Hintergrund der Ziele des Pariser Klimaabkommens im November 2015 und des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung hat München damit seine Klimaschutzziele mit Blick auf das Jahr 2050 neu justiert. Klimaneutralität bedeutet, dass bis 2050 nur noch geringfügig Treibhausgase ausgestoßen werden sollen (0,3 Tonnen CO₂ pro Einwohner im Jahr). München folgt damit der Zielsetzung des Bundes und der Weltgemeinschaft.

Die Münchner Umweltreferentin Stephanie Jacobs: „Mit dem Ziel der Klimaneutralität wollen wir unserer Verantwortung für unsere Kinder und Enkel gerecht werden und unseren Beitrag zur globalen und bundesweiten Zielsetzung leisten. Der Münchner Stadtrat hat heute Geschichte geschrieben. Diese Entscheidung ist eine historische Weichenstellung für den Klimaschutz in München.“

Die Erreichung dieser Klimaschutzziele steht in großer Abhängigkeit vom Umsetzungsgrad der klima- und energiepolitischen Maßnahmenpläne der Europäischen Union und des Bundes und kann nicht isoliert betrachtet werden. Daher wurde die Stadtverwaltung auch beauftragt, regelmäßig bis zum Jahr 2030 die gültigen internationalen und nationalen Ziele sowie entsprechenden Umsetzungspläne zu untersuchen und gegebenenfalls eine Anpassung der Münchner Klimaschutzziele vorzunehmen.

Umweltreferentin Stephanie Jacobs ergänzt: „Klimaschutz kann nur gelingen, wenn man die Menschen mitnimmt. Deshalb werden wir im nächsten Jahr mit der Öffentlichkeitsphase unseres ‚Klimaschutzaktionsplans‘ starten und direkt auf die Leute in München zugehen und sie so für Maßnahmen zum Klimaschutz begeistern.“

Mit dem Beschluss der neuen Klimaschutzziele wurde die Stadtverwaltung auch beauftragt, bis zum nächsten Jahr ein um die neuen Klimaschutzziele angepasstes Klimaschutzprogramm mit entsprechend notwendigen konkreten Maßnahmen zu entwickeln und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Positive Tourismusbilanz im Juli 2017

(27.9.2017) Mit 773.183 Ankünften (+10,5 Prozent) und 1.575.411 Übernachtungen (+12,6 Prozent) ist im Juli dieses Jahres das beste Ergebnis für diesen Monat seit der Aufzeichnung der Tourismuszahlen im Jahr 1912 registriert worden.

Von der Reisezurückhaltung aufgrund der europaweiten Terrorakte, die noch den Vorjahresmonat geprägt hatte, ist nichts mehr zu spüren. Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid: „Städtereisen liegen im Trend. Die positive Entwicklung der Zahlen zeigt, dass München als hoch attraktives Ziel wahrgenommen wird. München bietet eine unverwechselbare Atmosphäre, authentische Erlebnisse und ein einzigartiges kulturelles Angebot.“

Inland

Die Zahl der Übernachtungen aus Deutschland stieg im Juli um 9,8 Prozent auf 772.537. Mit einem Anteil von rund 50 Prozent an den Gesamtübernachtungen ist dieser Markt von besonders großer Bedeutung für die Destination München.

Asien

Mit 120.044 (+18,6 Prozent) generierten die Gäste aus den Arabischen Golfstaaten die meisten Auslandsübernachtungen im Juli 2017. Die Zahl der Übernachtungen aus dem chinesischen Markt stieg um 11,2 Prozent auf 40.498. Aus dem südostasiatischen Markt wurde ein Plus von 19,3 Prozent auf 31.085 Übernachtungen registriert. Auch die Zahl der Übernachtungen aus Japan stieg deutlich, wie das Plus von 14,2 Prozent auf 14.946 zeigt. Besonders starke Zuwächse konnten aus dem indischen Markt verzeichnet werden: Hier legte die Zahl der Übernachtungen um 55,5 Prozent zu (10.752).

Europa

Unter den europäischen Märkten zeigte sich Spanien am stabilsten. Der Zuwachs von 7 Prozent auf 35.548 Übernachtungen übertraf das Plus im Vorjahresmonat.

Die positive Entwicklung der Märkte Großbritannien (54.650 Übernachtungen/+17,2 Prozent), Skandinavien (31.632 Übernachtungen/+5,8 Prozent), Russland (25.237 Übernachtungen/+30,4 Prozent), Niederlande (21.404 Übernachtungen/+24,3 Prozent) und Frankreich (21.312 Übernachtungen/+7,1 Prozent) konnte das Minus des Vorjahres ausgleichen.

Auch die Märkte Österreich (36.062 Übernachtungen/+9,0 Prozent) und Italien (30.176 Übernachtungen/+0,5 Prozent), die im Juli 2016 deutliche Rückgänge verzeichnet hatten, zeigten im Juli 2017 wieder Zuwächse.

USA

Der Markt entwickelte sich positiv und konnte das Minus des Vorjahres ausgleichen. Die Zahl der Übernachtungen nahm um 16,3 Prozent zu (108.665). Gäste aus den USA waren die stärkste ausländische Besuchergruppe bei den Ankünften.

Top Ten der Märkte im Juli 2017

| | |
|--------------------------|------------------------|
| 1. Deutschland | 772.537 Übernachtungen |
| 2. Arabische Golfstaaten | 120.044 Übernachtungen |
| 3. USA | 108.665 Übernachtungen |
| 4. Großbritannien | 54.650 Übernachtungen |
| 5. China | 40.498 Übernachtungen |
| 6. Schweiz | 38.212 Übernachtungen |
| 7. Österreich | 36.062 Übernachtungen |
| 8. Südostasien | 31.085 Übernachtungen |
| 9. Italien | 30.176 Übernachtungen |
| 10. Russland | 25.237 Übernachtungen |

Auch für den Gesamtzeitraum Januar mit Juli 2017 fällt das Ergebnis erfreulich aus. Die Zahl der Ankünfte stieg in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 7,2 Prozent auf 4,3 Millionen, die der Übernachtungen um 5,2 Prozent auf 8,3 Millionen. Dabei entwickelten sich sowohl der Inlandsmarkt als auch der Gesamtauslandsmarkt positiv.

München Tourismus

München Tourismus ist als kommunale Tourismusorganisation im Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München angesiedelt. München Tourismus entwickelt gemeinsam mit seinen Partnern aus der Privatwirtschaft, der Tourismusinitiative München TIM e.V., Marketing- und PR-Maßnahmen sowie touristische Produkte, um die Destination München im internationalen Wettbewerb zu positionieren und den Tourismus nach München zu fördern. Dabei legt die Tourismuskommission München, ein gemeinsames Gremium des Stadtrats und der örtlichen Tourismuswirtschaft, die strategische Ausrichtung fest.

Achtung Redaktionen: Druckfähige Fotos für die touristische Berichterstattung über München stehen unter www.muenchen.de/fotoservice zum Download bereit.

„Jung sein in Bayern – Fit für Europa?“: Stadt beteiligt an EU-Projekt

(27.9.2017) Jugendliche können und sollen Politik in Europa mitgestalten – so lautet das Ziel eines EU-Modellprojekts, das jetzt in ganz Bayern anläuft und bei dem sich auch die Stadt München engagiert. Das Projekt will das Engagement Jugendlicher fördern, ihre Beteiligung stärken und sie ermutigen, Politik mitzugestalten. „Europa braucht junge Menschen, die kompetent mitreden können und ihre Ideen für die Zukunft Europas einbringen. Deshalb machen wir unsere Auszubildenden fit für Europa und sind bei dem Modellprojekt ‚Jung sein in Bayern – Fit für Europa?‘ gerne mit dabei“, sagt Bürgermeister Josef Schmid, der als Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft auch für Europa zuständig ist. Die Schirmherrschaft für das



Projekt hat die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Dr. Beate Merk, übernommen.

Das Projekt wird im Rahmen des von der EU initiierten „Strukturierten Dialogs“ zwischen Jugend und Politik realisiert. Bis Mitte 2019 wollen die Projektpartner zirka 150 Jugendliche erreichen und zu mehr Partizipation motivieren. Dabei setzen die Institutionen vor allem auf die offene und verbandliche Jugendarbeit sowie den Kontakt zu Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern sowie interessierten Studierenden. Inhaltlich im Mittelpunkt steht die Frage nach der Ausrichtung der neuen EU-Jugendstrategie für Anfang 2019. In dem Dialog können die Jugendlichen auch eigene Themen setzen, die für sie vor Ort und in Bayern wichtig sind. Der offizielle Startschuss für die Aktivitäten fiel am 18. September.

Hauptantragsteller des Jugend-Projekts ist die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Kooperationspartner sind – neben der Landeshauptstadt München mit dem Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern – das Centrum für angewandte Politikforschung CAP an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, die Europäische Bewegung Bayern, die Europäische Akademie Bayern, das Bayerische Schullandheimwerk sowie die Europawerkstatt der Gemeinde Zeitlarn. Das Projekt wird gefördert durch das Erasmus+ Programm der Europäischen Union.

Infoabend im Bauzentrum: Schimmel vermeiden, beseitigen, sanieren

(27.9.2017) Schimmel in der Wohnung ist eklig und kann gesundheitliche Probleme verursachen. Oftmals entsteht Schimmel nach Modernisierungen, beispielsweise wenn neue Fenster in Gebäuden ohne Wärmedämmung eingebaut oder Veränderungen an Heizkörpern vorgenommen wurden. Werden einzelne Energiespar-Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt, kann sich Schimmel optimal ausbreiten. Aber auch bei den alltäglichen Heizgewohnheiten muss man einiges beachten, damit der Schimmel keinen perfekten Nährboden vorfindet, besonders in Ecken und Fensternischen. Der Sachverständige Edmund Bromm zeigt am Mittwoch, 4. Oktober, 18 Uhr, im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, wie Schimmel vermieden oder beseitigt werden kann und wie die Wohnung im schlimmsten Fall richtig saniert werden muss. Der Eintritt ist frei.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de oder telefonisch unter 54 63 66-0.

Kinderprogramm zu „1200 Jahre Menzing“ in der Stadtbibliothek

(27.9.2017) Untermenzing und Obermenzing feiern heuer ihre erstmalige urkundliche Erwähnung im Jahr 817 mit weit über 200 Veranstaltungen. In der Münchner Stadtbibliothek Untermenzing finden im Rahmen des Jubiläumsprogramms im Oktober zwei Angebote für Kinder ab vier Jahren statt.



- Beim Vorlesen und Basteln im Kinderprogramm Lollipop liest am Mittwoch, 4. Oktober, 15 Uhr, die Obermenzinger Opernsängerin und Autorin Tatjana E.M. Haider aus ihrem neuen Kinderbuch „Der verflixte Einkauf“. Die Buchillustratorin Barbara von Johnson, bekannt als erste Gestalterin des Pumuckl, zeichnet live dazu. Im Anschluss gibt es eine Signierstunde. Kostenlose Mitmachkarten sind vorab erhältlich.
- Mit dem Stück „Pumuckl zieht das große Los“ gastiert das Kinder-Figurentheater KnuTh am Mittwoch, 25. Oktober, um 15 Uhr in der Stadtbibliothek. In der Geschichte von Ellis Kaut, die lange in Obermenzing gelebt hat, gewinnt Meister Eder eine Schiffsreise, die sich als Falle für Pumuckl erweist. Kostenlose Eintrittskarten sind ab Mittwoch, 11. Oktober, in der Bibliothek erhältlich.

Weitere Auskünfte gibt es in der Stadtbibliothek Allach – Untermenzing, Pfarrer-Grimm-Straße 1, oder telefonisch unter 18 93 29 90 und per E-Mail an stb.allach-untermenzing.kult@muenchen.de. Nähere Informationen zum Stadtteiljubiläum unter www.1200-jahre-menzing.de.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 27. September 2017

Neue surfbare Flusswellen im Stadtgebiet IV

hier: Welle an der Würm

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Christian Müller, Cumali Naz, Dr. Constanze Söllner-Schaar, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion) vom 5.7.2016

Auf die Bretter auch im Münchner Westen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Ulrike Grimm, Heike Kainz und Johann Sauerer (CSU-Fraktion) vom 6.12.2016



Neue surfbare Flusswellen im Stadtgebiet IV

hier: Welle an der Würm

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Christian Müller, Cumali Naz, Dr. Constanze Söllner-Schaar, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion) vom 5.7.2016

Antwort Stephanie Jacobs, Referentin für Gesundheit und Umwelt:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. v. Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zunächst darf ich mich für die Fristverlängerung bedanken.

Zu Ihrem Antrag vom 5.7.2016, zu prüfen, ob auch die Würm zum Surfen genutzt werden kann, kann ich Ihnen aus der Sicht des Referates für Gesundheit und Umwelt (RGU) als Untere Wasserrechtsbehörde im Rahmen des Vollzugs der Wassergesetze Folgendes mitteilen:

Die Errichtung einer Flusswelle an der Würm stellt einen Gewässerausbau dar, der gem. § 67 i. V. m. § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einer Planfeststellung bzw. einer Plangenehmigung durch das Referat für Gesundheit und Umwelt bedarf.

Die Würm ist ein Gewässer erster Ordnung, für das dem Freistaat, vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt München (WWA), die Unterhaltungsverpflichtung und auch die Zuständigkeit für etwaige Gewässerausbaumaßnahmen obliegt. Anders als bei der Isar hat die Landeshauptstadt München hier keine Zuständigkeit. Das WWA teilte mit, dass es nicht beabsichtige, als Vorhabensträger für einen Wellenbau zur Verfügung zu stehen.

Das RGU sowie das Baureferat konnten zwischenzeitlich im Zusammenhang mit der Surfswelle im Floßkanal Erfahrungen sammeln. Es konnte dort zusammen mit der Expertise der dort aktiven Interessengemeinschaft der Surfer, durch den Einbau einer Lammellenkonstruktion eine zumindest für das Surfen brauchbare Welle geschaffen werden. Allerdings bleiben dort noch Wünsche, insbesondere der weiteren Nutzer und Nutzerinnen aus dem Bereich des Kanusports, offen. Eine wichtige Erkenntnis ist allerdings, dass dort für eine stabile Welle eine Mindestabflussmenge von 8,9 m³/s

erforderlich ist. Zudem besteht am Floßkanal die Möglichkeit, die Wassermenge im Zusammenspiel mit der Isar und dem Werkkanal zu steuern.

Der mittlere Wasserabfluss der Würm, gemessen am Pegel Obermenzing, liegt bei 3,4 m³/s, der mittlere Hochwasserabfluss der Würm bei 6,32 m³/s. Bei Betrachtung der Abflusswerte vor der Abzweigung des Pasing-Nymphenburg-Kanals kann der Pegel Leutstetten zugrunde gelegt werden. Hier liegt der mittlere Wasserabfluss bei 4,74 m³/s und der mittlere Hochwasserabfluss bei 8,07 m³/s. Demnach liegt die Abflussmenge der Würm innerhalb der Grenzen der Landeshauptstadt München deutlich unter der Wassermenge des Floßkanals und erscheint somit zunächst viel zu gering für eine stabile Surfwelle.

Um den geringen Abfluss der Würm zu kompensieren, müsste man den Abflussquerschnitt durch Einbauten einengen oder sogar aufstauen, um so möglicherweise eine Surfwelle zu generieren. Dieser erhebliche Eingriff in das Gewässer widerspricht den Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), das die ökologische Durchgängigkeit von Gewässern fordert, um das Bewirtschaftungsziel – den Erhalt bzw. das Erreichen eines guten ökologischen Zustands des Gewässers – zu erreichen. Dieses Ziel wurde bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in nationales Recht aufgenommen. Einbauten stehen demnach im Widerspruch zur ökologischen Durchgängigkeit eines Gewässers. Da der Zustand der Würm aufgrund der fehlenden Durchgängigkeit des Gewässers bereits jetzt als mäßig anzusehen ist, stellen weitere Einbauten eine Verschlechterung dar: Maßnahmen, die zur Verschlechterung des ökologischen Zustands eines Gewässers führen, sind allerdings unzulässig.

Darüber hinaus stellt die Umleitung des Wassers an der Würm, etwa während der Bauphase von wellengenerierenden Einbauten, bereits einen erheblichen Eingriff dar, da das Wasser nicht problemlos abgeleitet werden kann. Die Würm ist im Gegensatz zum Floßkanal, bei dem sich die Abflussmenge steuern/regulieren lässt, ein natürliches Fließgewässer mit wechselnden/unterschiedlichen Abflussmengen.

Zusammengefasst müssen wir nach unserer Prüfung feststellen, dass ein etwaiger wasserrechtlicher Antrag auf eine Installation von Einbauten nicht genehmigungsfähig sein dürfte. Erschwerend kommt hinzu, dass an der Würm seit Beginn 2010 ein Überschwemmungsgebiet festgesetzt ist. Bei allen Vorhaben im Überschwemmungsgebiet sind zusätzlich die besonderen Schutzvorschriften für festgesetzte Überschwemmungsgebiete zu beachten, wonach im Wesentlichen jede Verschlechterung der Abfluss-



situation, die eben durch Einbauten in die Würm entstehen könnte, nicht hinnehmbar ist.

Finanzielle Mittel für die Erstellung einer Machbarkeitsuntersuchung, die ohne die vorgenannte rechtliche Beurteilung nur die bautechnischen Möglichkeiten zur Generierung einer Surfwelle untersuchen könnte, sollten daher aus meiner Sicht nicht eingesetzt werden.

Das für den Gewässerunterhalt zuständige Wasserwirtschaftsamt München strebt Verbesserungsmaßnahmen für den Hochwasserschutz an der Würm an. In diesem Zusammenhang sollen auch ökologische Verbesserungen umgesetzt werden. Dazu gehören weitere Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit des Gewässers und Verbesserungen in den Wasserwechselzonen am Ufer. Bei weiteren Renaturierungsmaßnahmen könnten vermehrt Zugänge an die Würm geschaffen werden, um so die Erlebbarkeit der Würm zu verbessern und dem zunehmenden Erholungsbedürfnis einer wachsenden Stadtbevölkerung Rechnung zu tragen.

Zur Bearbeitung Ihres Antrages hatten wir das WWA München und die Untere Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt München beteiligt.

Ich werde mich aber im Zuge der angesprochenen ökologischen Verbesserungsmaßnahmen dafür einsetzen, dass die Würm verstärkt ein Ort des „Naturerlebens“ wird und in diesem Zusammenhang auch die naturverträglichen Bademöglichkeiten in der Würm innerhalb des Stadtgebietes verbessert werden.

Ich bitte von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



Auf die Bretter auch im Münchner Westen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Ulrike Grimm, Heike Kainz und Johann Sauerer (CSU-Fraktion) vom 6.12.2016

Antwort Stephanie Jacobs, Referentin für Gesundheit und Umwelt:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. v. Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zunächst darf ich mich für die Fristverlängerung bedanken.

Zu Ihrem Antrag vom 6.12.2016, durch die Installation von Einbauten an der Würm eine geeignete Stelle für eine Flusswelle für Surfer im Münchner Westen zu schaffen, kann ich Ihnen aus der Sicht des Referates für Gesundheit und Umwelt (RGU) als Untere Wasserrechtsbehörde im Rahmen des Vollzugs der Wassergesetze Folgendes mitteilen:

Die Errichtung einer Flusswelle an der Würm stellt einen Gewässerausbau dar, der gem. § 67 i. V. m. § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einer Planfeststellung bzw. einer Plangenehmigung durch das Referat für Gesundheit und Umwelt bedarf. In dieser Eigenschaft hat das RGU das im Wasserrecht gesetzlich vorhandene breite Bewirtschaftungsermessen auszuüben und kann daher nicht, wie von Ihnen gefordert, als Vorhabensträger und damit als „Partei“ für ein Vorhaben auftreten.

Die Würm ist ein Gewässer erster Ordnung, für das dem Freistaat, vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt München (WWA), die Unterhaltungsverpflichtung und auch die Zuständigkeit für etwaige Gewässerausbaumaßnahmen obliegt. Anders als bei der Isar hat die Landeshauptstadt München hier keine Zuständigkeit. Das WWA teilte mit, dass es nicht beabsichtige, als Vorhabensträger für einen Wellenbau zur Verfügung zu stehen.

Das RGU sowie das Baureferat konnten zwischenzeitlich im Zusammenhang mit der Surfswelle im Floßkanal Erfahrungen sammeln. Es konnte dort zusammen mit der Expertise der dort aktiven Interessengemeinschaft der Surfer, durch den Einbau einer Lammellenkonstruktion eine zumindest für das Surfen brauchbare Welle geschaffen werden. Allerdings bleiben dort

noch Wünsche, insbesondere der weiteren Nutzer und Nutzerinnen aus dem Bereich des Kanusports, offen. Eine wichtige Erkenntnis ist allerdings, dass dort für eine stabile Welle eine Mindestabflussmenge von $8,9 \text{ m}^3/\text{s}$ erforderlich ist. Zudem besteht am Floßkanal die Möglichkeit, die Wassermenge im Zusammenspiel mit der Isar und dem Werkkanal zu steuern.

Der mittlere Wasserabfluss der Würm, gemessen am Pegel Obermenzing, liegt bei $3,4 \text{ m}^3/\text{s}$, der mittlere Hochwasserabfluss der Würm bei $6,32 \text{ m}^3/\text{s}$. Bei Betrachtung der Abflusswerte vor der Abzweigung des Pasing-Nymphenburg-Kanals kann der Pegel Leutstetten zugrunde gelegt werden. Hier liegt der mittlere Wasserabfluss bei $4,74 \text{ m}^3/\text{s}$ und der mittlere Hochwasserabfluss bei $8,07 \text{ m}^3/\text{s}$. Demnach liegt die Abflussmenge der Würm innerhalb der Grenzen der Landeshauptstadt München deutlich unter der Wassermenge des Floßkanals und erscheint somit zunächst viel zu gering für eine stabile Surfwelle.

Um den geringen Abfluss der Würm zu kompensieren, müsste man den Abflussquerschnitt durch Einbauten einengen oder sogar aufstauen, um so möglicherweise eine Surfwelle zu generieren. Dieser erhebliche Eingriff in das Gewässer widerspricht den Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), das die ökologische Durchgängigkeit von Gewässern fordert, um das Bewirtschaftungsziel – den Erhalt bzw. das Erreichen eines guten ökologischen Zustands des Gewässers – zu erreichen. Dieses Ziel wurde bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in nationales Recht aufgenommen. Einbauten stehen demnach im Widerspruch zur ökologischen Durchgängigkeit eines Gewässers. Da der Zustand der Würm aufgrund der fehlenden Durchgängigkeit des Gewässers bereits jetzt als mäßig anzusehen ist, stellen weitere Einbauten eine Verschlechterung dar: Maßnahmen, die zur Verschlechterung des ökologischen Zustands eines Gewässers führen, sind allerdings unzulässig.

Darüber hinaus stellt die Umleitung des Wassers an der Würm, etwa während der Bauphase von wellengenerierenden Einbauten, bereits einen erheblichen Eingriff dar, da das Wasser nicht problemlos abgeleitet werden kann. Die Würm ist im Gegensatz zum Floßkanal, bei dem sich die Abflussmenge steuern/regulieren lässt, ein natürliches Fließgewässer mit wechselnden/unterschiedlichen Abflussmengen.

Im Bereich an der Würm zwischen der Ernsbergerstraße und dem Manzingergeweg gibt es eine kleine Gefällestufe, die im Zuge der Bearbeitung des Antrags im Hinblick auf einen Wellenbau betrachtet wurde, da eine solche Gefällestufe eine weitere Grundvoraussetzung für einen Wellenbau wäre.



Allerdings gelten auch hier die vorgenannten Ausführungen. Zudem befindet sich ein großer Teil der umliegenden Grundstücke im Privatbesitz, so dass eine Surfnutzung auch aus diesem Grund nicht in Betracht kommen kann.

Zusammengefasst müssen wir nach unserer Prüfung feststellen, dass ein etwaiger wasserrechtlicher Antrag auf eine Installation von Einbauten nicht genehmigungsfähig sein dürfte. Erschwerend kommt hinzu, dass an der Würm seit Beginn 2010 ein Überschwemmungsgebiet festgesetzt ist. Bei allen Vorhaben im Überschwemmungsgebiet sind zusätzlich die besonderen Schutzvorschriften für festgesetzte Überschwemmungsgebiete zu beachten, wonach im Wesentlichen jede Verschlechterung der Abflusssituation, die eben durch Einbauten in die Würm entstehen könnte, nicht hinnehmbar ist.

Finanzielle Mittel für die Erstellung einer Machbarkeitsuntersuchung, die ohne die vorgenannte rechtliche Beurteilung nur die bautechnischen Möglichkeiten zur Generierung einer Surfswelle untersuchen könnte, sollten daher aus meiner Sicht nicht eingesetzt werden.

Das für den Gewässerunterhalt zuständige Wasserwirtschaftsamt München strebt Verbesserungsmaßnahmen für den Hochwasserschutz an der Würm an. In diesem Zusammenhang sollen auch ökologische Verbesserungen umgesetzt werden. Dazu gehören weitere Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit des Gewässers und Verbesserungen in den Wasserwechselzonen am Ufer. Bei weiteren Renaturierungsmaßnahmen könnten vermehrt Zugänge an die Würm geschaffen werden, um so die Erlebbarkeit der Würm zu verbessern und dem zunehmenden Erholungsbedürfnis einer wachsenden Stadtbevölkerung Rechnung zu tragen.

Zur Bearbeitung Ihres Antrages hatten wir das WWA München und die Untere Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt München beteiligt.

Ich werde mich aber im Zuge der angesprochenen ökologischen Verbesserungsmaßnahmen dafür einsetzen, dass die Würm verstärkt ein Ort des „Naturerlebens“ wird und in diesem Zusammenhang auch die naturverträglichen Bademöglichkeiten in der Würm innerhalb des Stadtgebietes verbessert werden.

Ich bitte von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 27. September 2017

Vandalismus ist kein Kavaliersdelikt – Politisch motivierte Kriminalität benennen!

Antrag Stadträte Richard Progl (Bayernpartei), Manuel Pretzl (CSU-Fraktion) und Dr. Michael Mattar (Fraktion FDP – Hut)

Vereinbarkeit von Familie und kommunalen Mandat II – Elterngeld

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Alexandra Gaßmann, Heike Kainz, Sabine Pfeiler und Dorothea Wiepcke (CSU-Fraktion)

Gefährliche Chemikalien minimieren I – Keine PVC-Böden in Krankenhäusern

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP), Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch und Sabine Krieger (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)

Gefährliche Chemikalien minimieren II – Krankenhäuser ohne Schadstoffe

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP), Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch und Sabine Krieger (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)

Gefährliche Chemikalien minimieren III – Münchner Kinder in Kindergärten und Schulen vor gefährlichen Chemikalien schützen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP), Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch und Sabine Krieger (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)

Gefährliche Chemikalien minimieren IV – ÖKOPROFIT erweitern um nachhaltiges Chemikalienmanagement

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP), Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch und Sabine Krieger (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 27.09.2017

ANTRAG

Vandalismus ist kein Kavaliersdelikt – Politisch motivierte Kriminalität benennen!

Der Oberbürgermeister setzt sich an geeigneter Stelle für eine Änderung im Strafgesetzbuch ein, so dass sich eine politische Motivation von kriminellen Handlungen künftig strafverschärfend auswirkt. Dies soll auch für den massiv zunehmenden Plakatvandalismus gelten.

Begründung:

Im aktuellen Bundestags-Wahlkampf hat der Plakatvandalismus über alle Parteien hinweg extreme Ausmaße angenommen. Es kann hier nicht mehr von Einzelfällen und „Lausbubenstreichen“ die Rede sein, sondern von systematischer, politisch gerichteter Zerstörungswut, die ein Symptom der zunehmenden Verrohung unserer Gesellschaft ist. Eine Bewertung als geringfügige Sachbeschädigung mit nahezu sicherer Einstellung des Verfahrens entspricht nicht mehr der tatsächlichen Signifikanz dieser Taten.

Wohin es führen kann, wenn dieser Entwicklung kein Einhalt geboten wird, zeigt der Brandanschlag auf ein Wahlkampf-Mobil der BAYERNPARTEI in der vergangenen Woche. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, dass in dem völlig ausgebrannten Wagen keine Menschen zu Schaden kamen. Was wäre der nächste Schritt in dieser fatalen Entwicklung?

Stadträtin Sabine Pfeiler
Stadträtin Alexandra Gaßmann
Stadträtin Heike Kainz
Stadträtin Kristina Frank
Stadträtin Dorothea Wiepcke

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

27.09.2017

Vereinbarkeit von Familie und kommunalen Mandat II - Elterngeld

Die Stadtverwaltung wird gebeten, sich über den Bayerischen und Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass ehrenamtliche Aufwandsentschädigungen für ein kommunales Mandat nicht bei der Auszahlung von Elterngeld angerechnet werden.

Weiterhin wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, welche Regelungen in eigener Zuständigkeit getroffen werden können, um eine Anrechnung der ehrenamtlichen Aufwandspauschalen beim Elterngeld zu verhindern. Es wird gebeten, u. a. zu überprüfen, ob es rechtlich möglich ist, die Ehrenamtsvergütung während der beruflichen Elternzeit z. B. direkt in eine Versicherung einzubezahlen.

Begründung:

Der Münchner Stadtrat ist ehrenamtlich tätig und seine Mitglieder unterliegen damit nicht dem Mutterschutzgesetz oder dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.

Die CSU Stadtratsfraktion hat bereits in einem weiteren Antrag zu dem Thema darauf hingewiesen, dass hier ein Regelungsbedarf besteht.

Beim Elterngeld werden lediglich Zahlungsflüsse berücksichtigt, die während der Elternzeit zufließen. Auch in Zukunft, falls es die Möglichkeit geben sollte, Elternzeit von der Stadtratstätigkeit zu nehmen, ist nicht davon auszugehen, dass Mandatsträger ohne Not längere Pausen einlegen.

Aktuell ist es so, dass ein Stadtrat/eine Stadträtin, der in seinem Beruf ein Jahr Elternzeit nimmt und sein Elterngeld aufgrund seiner vorhergehenden beruflichen Einkünfte erhält, finanziell benachteiligt wird, da die Ehrenamtsvergütung auf das Elterngeld angerechnet wird, eine Unterbrechung der Stadtratstätigkeit rechtlich aber nicht möglich ist und mit einem Stimmenverlust der jeweiligen Fraktion einhergeht.

Sabine Pfeiler
Stadträtin

Alexandra Gaßmann
Stadträtin

Heike Kainz
Stadträtin

Kristina Frank
Stadträtin

Dorothea Wiepcke
Stadträtin



Ökologisch-Demokratische Partei



DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 27.09.2017

Antrag

Gefährliche Chemikalien minimieren I - Keine PVC-Böden in Krankenhäusern

Die München Riem GmbH (MRG) als Projektleitung der Krankenhaussanierung und die Leitung der städtischen Kliniken werden aufgefordert, auf PVC als Bodenbelag zu verzichten. Für Neubau und Sanierungen sind gesundheitlich unbedenkliche Bodenbeläge auszuwählen.

Begründung

Gesundheitseinrichtungen haben eine besondere ethische Verantwortung, Produkte zu verwenden, die nur Chemikalien enthalten, die ein möglichst geringes Risiko für die menschliche Gesundheit darstellen (Vorsorgeprinzip). Im Juli wurde beschlossen bei der anstehenden Sanierung der Krankenhäuser den bestehenden ökologischen Kriterienkatalog außer Kraft zu setzen und insbesondere PVC-Böden neu zu verlegen. (Sitzungsvorlage 14/20 V 09304). PVC gilt seit Jahren als Problemstoff – er ist nicht nur krebserregend in der Herstellung und emittiert Dioxine bei der Verbrennung, sondern die enthaltenen Weichmacher gasen aus und können zu folgenden Krankheiten führen: Geburtsfehler, Unfruchtbarkeit, niedrige Spermienzahl, verändertes männliches Fortpflanzungsverhalten und erhöhte Gefahr von Hodenkrebs¹. Andere Forschung haben Phthalate mit Verhaltensstörungen bei Kindern verbunden, wie beispielsweise Aggression und Hyperaktivität.

Es versteht sich von selbst, dass ein Krankenhaus, das den Auftrag hat, seine Patientinnen und Patienten zu heilen, diese nicht solchen gesundheitsschädlichen Materialien aussetzen darf.

Eine wachsende Zahl von Krankenhäusern handeln nach dem "better safe than sorry" Ansatz und haben PVC-freie Ausstattung. Seit Anfang der 90er Jahre arbeitet der Wiener Krankenanstaltenverbund am vollständigen Verzicht auf PVC in seinen 18 Anstalten². Auch die Stadtverwaltung von Stockholm hat sich Ende der 90er Jahre entschieden, in allen Gesundheitseinrichtungen auf PVC zu verzichten. Vorteile dieses Ansatzes sind reduzierte Entsorgungskosten, reduzierte Haftung und verbesserte Gesundheit für PatientInnen sowie ArbeitnehmerInnen.

Sonja Haider, Tobias Ruff: ÖDP

Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Sabine Krieger, Anna Hanusch: Die Grünen – rosa liste

Brigitte Wolf und Cetin Oraner: DIE LINKE

¹https://utopia.de/0/uploads/assets/editor/20040700_chemie_gift_am_krankenbett_studie.pdf

² <https://noharm.org/sites/default/files/lib/downloads/pvc/SchadstofffreiesKrankenhaus.pdf>



Ökologisch-Demokratische Partei



DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19.09.2017

Antrag

Gefährliche Chemikalien minimieren II - Krankenhäuser ohne Schadstoffe

Die städtisches Klinikum München GmbH wird verpflichtet, auf gefährliche Chemikalien wie zum Beispiel PVC und andere karzinogene, fruchtschädigende oder hormonell wirksame Stoffe in Möbeln, Medizinprodukten und Baustoffen zu verzichten.

Begründung

Besonders kranke und geschwächte Menschen sind auf eine schadstofffreie Umgebung angewiesen um gesund zu werden. In den meisten Krankenhäusern werden allerdings schadstoffhaltige Möbel, Medizinprodukte und/oder Baustoffe verwendet¹, die vermeidbar sind. Beispielhaft sind die Städte Wien und Stockholm² und auch das Projekt eines US-amerikanischen Gesundheitsdienstleisters³ zeigt die Chancen einer Umstellung auf schadstofffreie Möblierung der Krankenhäuser.

Sonja Haider, Tobias Ruff: ÖDP

Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Sabine Krieger, Anna Hanusch: Die Grünen – rosa liste

Brigitte Wolf und Cetin Oraner: DIE LINKE

¹ https://utopia.de/0/uploads/assets/editor/20040700_chemie_gift_am_krankenbett_studie.pdf
<https://noharm.org/sites/default/files/lib/downloads/pvc/SchadstofffreiesKrankenhaus.pdf>

² <https://noharm.org/sites/default/files/lib/downloads/pvc/SchadstofffreiesKrankenhaus.pdf>

³ <http://healthierhospitals.org/get-inspired/case-studies/safer-chemicals-eliminating-hhi-chemicals-concern-healthy-interiors>



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 27.09.2017

Antrag

Gefährliche Chemikalien minimieren III - Münchner Kinder in Kindergärten und Schulen vor gefährlichen Chemikalien schützen

Die Stadtverwaltung und die Leitungen von Schulen, Kindergärten und Krippen werden gebeten, Einrichtungsgegenstände, Möbel, Spielsachen, etc. nach ökologischen Kriterien zu beschaffen und gefährliche Chemikalien als Inhaltsstoffe zu vermeiden.

Begründung

Gesetzgebungen wie z.B. die EU-Spielzeugrichtlinie¹ sind nicht ausreichend um Kinder vor gefährlichen Chemikalien zu schützen. Außerdem wird geltendes Recht insbesondere bei Spielzeug häufig gebrochen und gefährliche Produkte landen in den Regalen, wie der Bericht des EU-Schnellwarnsystem Rapex Systems² jährlich zeigt. Mit der neuen App Tox Fox³ des BUND können sichere Produkte von Produkten mit schädlichen Inhaltsstoffen unterschieden werden. Sie ist beim Einkauf von Spielsachen vom Personal in den Kindergärten leicht anzuwenden. Bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen muss die Vergabestelle gezielt gefährliche Chemikalien bei der Ausschreibung ausschließen.

Sonja Haider, Tobias Ruff: ÖDP

Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Sabine Krieger, Anna Hanusch: Die Grünen – rosa liste

Brigitte Wolf und Cetin Oraner: DIE LINKE

¹http://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2008/29/neue_eu_spielzeugrichtlinie_schuetzt_die_gesundheit_von_kindern_nicht_ausreichend-27579.html

²2016 berichtet RAPEX (Rapid Alert system for dangerous products in the EU), dass Spielsachen die am meisten gemeldete Produktkategorie ist mit 26 % der Meldungen, siehe S. 10 des Berichts unter ec.europa.eu/newsroom/document.cfm?doc_id=43437

³<https://www.bund.net/chemie/toxfox/>



Ökologisch-Demokratische Partei

**DIE GRÜNEN
ROSA LISTE**

STADTRÄTSFRAKTION MÜNCHEN



DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19.09.2017

Antrag

Gefährliche Chemikalien minimieren IV - ÖKOPROFIT erweitern um nachhaltiges Chemikalienmanagement

Das RGU (Referat für Gesundheit und Umwelt) und das RAW (Referat für Arbeit und Wirtschaft) werden gebeten, im gemeinsam getragenen Projekt ÖKOPROFIT Verbesserungen im betrieblichen Chemikalienmanagement aufzunehmen. Das Ziel soll sein, die Vermeidung und Reduzierung von besonders besorgniserregenden Chemikalien in Produkten und Herstellungsprozessen darzustellen und über Alternativen zu beraten.

Begründung

Im Projekt ÖKOPROFIT werden seit 1998 Unternehmen in betrieblichem Umweltmanagement beraten und begleitet. In den vergangenen 19 Jahren haben sich 252 Betriebe in München an ÖKOPROFIT beteiligt. Die Mitarbeiter der teilnehmenden Unternehmen werden in Themen wie Energie-, Wassereinsparung und Abfallvermeidung geschult und bei der Umstellung begleitet. Das betriebliche Chemikalienmanagement hingegen ist bisher nur im Rahmen von gesetzlichen Vorgaben Gegenstand von ÖKOPROFIT. Firmen mit nachhaltigem Chemikalienmanagement arbeiten aber nicht nur rechtskonform, sondern eliminieren gefährliche Chemikalien konsequent aus ihren Produkten und Prozessen¹.

Trotz der europäischen Chemikalienverordnung REACH werden nur langsam besonders besorgniserregende Chemikalien identifiziert (Kandidatenliste)². So befinden sich z.B. immer noch viele sehr gefährliche Chemikalien in Alltagsprodukten, wie bromierte Flammschutzmittel in Spielzeug, perfluorinierte Substanzen in Textilien oder Weichmacher in Plastik. Künftige Kandidatenstoffe für die Kandidatenliste können mit der SIN-Liste³ der Umweltorganisation ChemSec vorausgesagt werden. Diese Substanzen, die alle den REACH Kriterien von besonders besorgniserregenden Chemikalien entsprechen, sollen in Produkten und Herstellungsprozessen vermieden oder zumindest massiv vermindert werden, da sie große negative Gesundheitsauswirkungen wie krebserregend, fortpflanzungsschädlich, genverändernd haben können und die Umwelt verschmutzen können.

Firmen sollten daran arbeiten, alle Inhaltsstoffe in ihren Produkten zu kennen (auf jeden Fall, diejenigen die besonders besorgniserregend sind), gefährliche Chemikalien zu identifizieren und priorisieren und innerhalb eines festgelegten Zeitraums durch sichere Alternativen zu ersetzen.

Sonja Haider, Tobias Ruff: ÖDP

Herbert Danner, Gülseren Demirel, Katrin Habenschaden, Sabine Krieger, Anna Hanusch: Die Grünen – rosa liste

Brigitte Wolf und Cetin Oraner: DIE LINKE

¹ <http://chemsec.org/business-and-investors/business-dialogue/>

² <https://echa.europa.eu/de/candidate-list-table>

³ <http://sinlist.chemsec.org/>